

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0167/2015/IV

Datum:
18.08.2015

Federführung:
Dezernat I, Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie

Beteiligung:
Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung
Dezernat I, Rechtsamt
Dezernat IV, Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

Betreff:

**Prüfung der rechtlichen und tatsächlichen
Möglichkeiten der Umsetzung einer
"Plastiktütenfreien Stadt"**

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 14. Oktober 2015

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bau- und Umweltausschuss	15.09.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	08.10.2015	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Bau- und Umweltausschuss und der Gemeinderat nehmen die Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
1200 Mehrwegtaschen à 1,50	1800,00
Einnahmen:	
Keine	
Finanzierung:	
Innerhalb des Budgets von Amt 70	

Zusammenfassung der Begründung:

Im Rahmen der Ergänzung der europäischen Verpackungsrichtlinie (94/627EG) zur Einführung verbindlicher Reduktionsziele und/oder preislicher Vorgaben für Plastiktüten wurde geprüft, welche rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten die Stadt Heidelberg hat, den Weg zu einer plastiktütenfreien Gesellschaft zu unterstützen. Bis zum Inkrafttreten eines Bundes- oder Landesgesetzes kann die Stadt Heidelberg durch Projekte und Aktionen den geplanten Wandel vorantreiben und die Heidelberger Bürger an die Thematik heranzuführen.

Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 15.09.2015

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 15.09.2015

5.1 Prüfung der rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten der Umsetzung einer „Plastiktütenfreien Stadt“

Informationsvorlage 0167/2015/IV

Es melden sich zu Wort:

Stadträtin Dr. Meißner, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Markmann, Stadträtin Dr. Lorenz

Folgende Punkte und Fragen werden angesprochen/besprochen:

1. Es wird bemängelt, dass für die Verteilung an Neubürger keine Taschen aus ökologisch produzierter Baumwolle, sondern aus Polyester (einem Erdölprodukt) gekauft worden sind.
2. Es wird angeregt, dass die Stadt Heidelberg - vertreten durch die Ämter 70 und 80 - verstärkt beim Einzelhandel vorstellig wird und über Alternativen zu Plastiktüten informiert.
3. Städtische Veranstaltungen sollten zukünftig „plastiktütenfrei“ stattfinden.
4. Weitere Möglichkeiten zur Reduzierung der Verteilung von Plastiktüten sowie eine eventuelle Subventionierung von Mehrwegtaschen beim Verzicht auf Plastiktüten sollten geprüft werden.

Über den von Bündnis 90/Die Grünen gestellten **Antrag** wird anschließend abgestimmt:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Aktionen zur Vermeidung von Plastiktütennutzung mit einer Öffentlichkeitskampagne zu unterstützen, durch die die Heidelberger Bürger*innen immer wieder auf dieses Thema, den ökologischen Hintergrund und mögliche Alternativen zur Plastiktüte hingeführt werden.

Begründung:

Die städtischen Aktionen zur Vermeidung von Plastiktütennutzung sind sinnvoll und wirksam. Dieser Effekt lässt sich noch deutlich verstärken, indem die Bürger*innen darüber hinaus immer wieder und auch jenseits der Aktionen mit diesem Thema und dessen hoher Relevanz und der einfach umzusetzenden Alternativen in Kontakt kommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Bürgermeister Erichson beantwortet die gestellten Fragen abschließend und teilt mit, dass die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit Pro Heidelberg beim verkaufsoffenen Sonntag in der Vorweihnachtszeit eine zusätzliche Aktion zur Vermeidung der Nutzung von Plastiktüten plane.

gezeichnet
Wolfgang Erichson
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2015

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 08.10.2015:

33.1 Prüfung der rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten der Umsetzung einer „Plastiktütenfreien Stadt“ Informationsvorlage 0167/2015/IV

In der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses am 15.09.2015 wurde folgender

Antrag von Bündnis90/Die Grünen gestellt und als Arbeitsauftrag an die Verwaltung einstimmig beschlossen:

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die Aktionen zur Vermeidung von Plastiktütennutzung mit einer Öffentlichkeitskampagne zu unterstützen, durch die die Heidelberger Bürger*innen immer wieder auf dieses Thema, den ökologischen Hintergrund und mögliche Alternativen zur Plastiktüte hingeführt werden.

Begründung:

Die städtischen Aktionen zur Vermeidung von Plastiktütennutzung sind sinnvoll und wirksam. Dieser Effekt lässt sich noch deutlich verstärken, indem die Bürger*innen darüber hinaus immer wieder und auch jenseits der Aktionen mit diesem Thema und dessen hoher Relevanz und der einfach umzusetzenden Alternativen in Kontakt kommen.

Oberbürgermeister Dr. Würzner informiert darüber, dass die Stadt Heidelberg kein generelles Verbot von Plastiktüten beispielsweise per Satzung erlassen könne. Nur über Angebote und Aufklärung können Bürger über die Plastiktütennutzung informiert werden. Hierzu werde eine Öffentlichkeitskampagne gestartet – gemeinsam mit dem Jugendgemeinderat, der sich ebenfalls mit der Thematik befasst habe.

Bürgermeister Erichson teilt bezüglich der in Heidelberg geplanten Aktionen mit, dass der nächste einkaufsfreie Sonntag und auch das Weihnachtsgeschäft von ProHeidelberg dazu genutzt werde, um eine „Fairtrade-Stofftasche“ als Alternativangebot zur Plastiktasche insbesondere im Weihnachtsgeschäft kostenfrei als „Weihnachts-Give-away“ anzubieten. Im Übrigen werde eine Diskussionsrunde mit Vertretern des Einzelhandels angestrebt, Public Relation-Events auf den Heidelberger Wochenmärkten geplant sowie ein Hinweis auf dem Abfallkalender angedacht. Des Weiteren soll das Thema beim Bürgerfest 2016 thematisiert und eine Aktion mit dem Einzelhandel geplant werden, keine Coffee-to-go Becher mehr auszugeben.

Stadträtin Winter-Horn dankt der Verwaltung für ihre Lösungsansätze. Sie denke, es sei sehr wichtig, den Einzelhandel, insbesondere im Hinblick auf die freiwillige Selbstverpflichtung, einzubeziehen. Genauso wichtig sei es, dass die Kampagnen medienwirksam auf den Weg gebracht und die Aktionen am Ort des Geschehens (an der Kasse) durchgeführt werden.

Stadtrat Butt begrüßt die Initiative, die auch bei den Menschen mit Migrationshintergrund ins Bewusstsein gerückt werden müsse. Zudem merkt er an, dass er in seinem Geschäft bedauerlicherweise circa 5.000 Tüten pro Woche verbrauche.

Mit der Maßgabe des oben erwähnten Arbeitsauftrages wird die Vorlage zur Kenntnis genommen.

gezeichnet

Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

Die Fraktionen von HD'er, CDU und FWV haben die Prüfung der rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten der Umsetzung einer „Plastiktütenfreien Stadt“ beantragt.

1. Rechtlicher Hintergrund - EU

Am 28.04.2015 ergänzte die EU die Europäische Verpackungsrichtlinie zur Einführung von verbindlichen Reduktionszielen und/oder preislichen Vorgaben für Plastiktüten. Diese Richtlinie betrifft alle Plastiktüten mit einer geringeren Wanddicke als 0,05 mm, wie beispielsweise solche die üblicherweise in Textilgeschäften kostenlos ausgegeben werden. Plastiktüten die lediglich eine Wanddicke geringer als 0,015 mm haben, sind hiervon ausgenommen. Diese werden zur Verpackung von Lebensmitteln verwendet und sollen aus hygienischen Gründen und zur Vermeidung noch umweltschädlicherer Verpackungen weiterhin in Gebrauch bleiben.

Die Richtlinie beinhaltet folgende Vorgaben:

Verbindliche Reduktionsziele:

- Maximal 90 Plastiktüten pro Person/Jahr bis zum 31.12.2019
- Maximal 40 Plastiktüten pro Person/Jahr bis zum 31.12.2025

und/oder

Preismaßnahmen:

- Einführung preislicher Instrumente (wie Abgaben oder Steuern) mit dem Ziel, dass Plastiktüten ab dem 31.12.2018 nicht mehr kostenfrei an Kunden ausgegeben werden.

Diese Richtlinie muss bis Oktober 2016 von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht umgesetzt werden.

Die meisten Plastiktüten in der EU nutzen die Bulgaren mit 421 Stück im Jahr, in Italien sind es beispielsweise 204 und der Durchschnitt in den 27 EU-Mitgliedsstaaten liegt bei 198 Stück. Dagegen verbrauchen die Deutschen im Schnitt 76 Tüten pro Person/Jahr, womit Deutschland im europäischen Vergleich einen guten Platz einnimmt. Dennoch gilt es, den Plastiktütenverbrauch weiter zu reduzieren. Als Vorbild hierzu dient Irland, das mit einer gesetzlichen Abgabe auf jede Plastiktüte den nationalen Plastiktütenverbrauch um über 90 Prozent auf 16 Tüten pro Person/Jahr verringert hat.

2. Rechtlicher Hintergrund - Bund:

Angesichts des im europäischen Vergleich geringen Verbrauchs und des hohen Recyclinganteils von Plastiktüten wäre in Deutschland ein gesetzliches Verbot der Plastiktüte unverhältnismäßig. Zur Umsetzung der EU-Richtlinie auf deutscher Ebene befürwortet das zuständige Bundesministerium für Umwelt- und Naturschutz stattdessen eine freiwillige Selbstverpflichtung des Handels, mit der der Einzelhandel zusagt, Tüten nur noch gegen ein Entgelt abzugeben. Das funktioniert bereits seit vielen Jahren problemlos im Lebensmitteleinzelhandel und hat zu einem bewussteren Tütegebrauch bei den Verbrauchern geführt.

Im Dialog des Bundesumweltministeriums mit der Wirtschaft, Umwelt- und Verbraucherverbänden sowie den Ländern sollen nun mögliche Maßnahmen erörtert werden, die regulatorischer oder auch freiwilliger Art sein können. Positive Signale in Richtung einer freiwilligen Lösung liegen aus Verbandskreisen vor.

3. Möglichkeiten der Stadt Heidelberg:

Ein generelles Verbot von Plastiktüten beispielsweise per Satzung kann die Stadt Heidelberg nicht erlassen. Wie die Nachfrage beim Deutschen Städtetag ergab, fehlt auf Bundes- und Landesebene die Rechtsgrundlage für eine solche Maßnahme.

IHK Rhein-Neckar und Einzelhandelsverband Nordbaden warten auf die nationale Regelung durch die freiwillige Selbstverpflichtung des Handels.

Kommunikation und Aufklärung sollten daher im Vordergrund stehen.

Deshalb können Maßnahmen auf lokaler Ebene ausschließlich durch Projekte und Aktionen erfolgen, bei denen die Bürger angesprochen werden, den Verbrauch von Plastiktüten zu reduzieren.

In diesem Zusammenhang haben viele Städte in Deutschland schon in der Vergangenheit versucht, ihren Tütenverbrauch mit Projekten wie „Plastiktüte? Nein Danke!“ o.ä. zu vermindern. Auch die Stadt Heidelberg hat diese Chance genutzt und den Weg zu einer plastiktütfreien Stadt - schon vor dem Inkrafttreten der EU-Richtlinie - vorangetrieben.

Die Stadt Heidelberg hat einen hohen ökologischen Anspruch und nach Einschätzung der Wirtschaftsförderung ein vom Durchschnitt anderer Städte abweichendes bewusstes und ökologisches Einkaufsverhalten. Die Wirtschaftsförderung geht davon aus, dass sich das bereits jetzt zu Teilen bei den Kunden und Anbietern in der Wahl der Verpackung ausdrückt.

Die Frage der Verwendung von Plastiktüten betrifft vor allem den Einzelhandel in der direkten Beziehung zum Endkunden. Darüber hinaus sind kunststoffhaltige Verpackungsmaterialien anderweitig im Business (B) to Consume (C) und im Business (B) to Business (B) Markt im Einsatz.

Die Abfallberatung der Stadt Heidelberg sensibilisiert seit vielen Jahren Bürgerinnen und Bürger über Abfallvermeidungsstrategien und zeigt Möglichkeiten auf, wie Verpackungen und insbesondere Einwegplastiktüten ersetzt werden können. Unter anderem veröffentlicht sie regelmäßig praktische Tipps zum Abfallvermeiden auf den städtischen Internetseiten unter www.heidelberg.de/abfall.

Erfahrungsgemäß ist es nicht ausreichend, allein ein Verbot auszusprechen. Einkäufe müssen sicher nach Hause gebracht werden. Damit Einkaufende die im Handel angebotenen Plastiktüten ausschlagen und zur Mehrwegtasche greifen, braucht es wirkungsvolle Anreize.

Ausgehend von dieser Problematik bietet die Abfallberatung in der Heidelberger Hauptstraße regelmäßig Mehrwegtaschen im Tausch gegen Plastiktüten an. Die Taschen lassen sich in Form einer Orange zusammenknüllen. Hierdurch passen sie nicht nur inhaltlich zum Thema Bioabfall – ein thematischer Schwerpunkt der Stadt – sondern leuchten auch im kommunalen Orange der Müllabfuhr. Die Mehrwegtaschen passen auch in Hand- oder Jackentaschen. Die Chance, dass sie schon bei den Einkaufsvorbereitungen ins Auge stechen und gerne mitgenommen werden, ist daher hoch.

Gleichzeitig erhalten die Besucherinnen und Besucher bei den Aktionen detaillierte Informationen über das Thema Plastiktüten und warum es besser ist, sie zu vermeiden. Diese Aktionen finden im Rahmen der bundesweiten Nachhaltigkeitswochen oder den Wochen zur Abfallvermeidung statt und werden dadurch überregional beworben.

Die Kosten der Aktion betragen neben dem personellen Aufwand ca. 1,50 € je Tasche. Es werden durchschnittlich 1.200 Taschen im Jahr verteilt.

Als Merchandisingprodukt, für Geschenke der Stadt Heidelberg und bei internen Veranstaltungen (Einführungswoche Azubis, Kindertag etc.) nutzt die Stadt Heidelberg die Papiertaschen der Firma „Riedle“: Die Firma sitzt in Baden-Württemberg, die Produktion erfolgt klimaneutral, FSC-zertifiziert und in der EU. Die Taschen sind belastbar bis 22 Kilogramm, sind sehr stabil und können wiederverwendet werden.

Wenn darüber hinaus weitere Taschen genutzt werden, kommen ebenfalls nur Papiertüten zum Einsatz - das ist derzeit aber nur bei Weinpräsenten der Fall. Hier kommt dann stabiles Kraftpapier zum Einsatz – auch diese Taschen können also mehrfach verwendet werden.

Ab September wird die Stadt im Zuge des Ausbaus der Willkommenskultur unserer Stadt an alle Neubürgerinnen und Neubürger neben einer Broschüre mit umfassenden Informationen eine wiederverwendbare, faltbare Einkaufstasche der Firma „LOQI“ verteilen.

Die Taschen sind im „Heidelberg-Look“ gestaltet, aus Polyester, produziert nach Ökotex Standard, waschbar und bis 20 Kilogramm belastbar. Damit kann die Stadt im Rahmen der Neubürgerbegrüßung aktiv einen Beitrag zur „plastiktütfreien Stadt“ leisten.

Auf Ebene der lokalen Verbände wurde im Jahr 2012 auch das Plastic World Projekt von der BUNDjugend Heidelberg ins Leben gerufen, mit dem die Gruppe immer wieder mit Aktionen auf die Problematik des Plastikmülls und der heutigen Konsumgesellschaft aufmerksam macht und für Mehrwegnutzung wirbt.

Im Rahmen von #Get the Mayor wurde ebenfalls der Vorschlag gemacht, dass Heidelberg eine „plastiktütfreie Stadt“ werden könnte. Interessierte Bürgerinnen und Bürger können mit Herrn Oberbürgermeister Dr. Würzner diskutieren, wie Heidelberg eine plastiktütfreie Stadt werden kann und welche Vor- und Nachteile dies bieten würde. Es wird zeitnah ein Termin bekanntgegeben.

Durch Maßnahmen dieser Art kann die Stadt Heidelberg weiterhin vorbildhaft vorangehen und schon jetzt den Plastiktütenverbrauch in Heidelberg reduzieren, bevor auf nationaler Ebene die Umsetzung der EU-Richtlinie erfolgt.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
UM1	+	Umweltsituation verbessern Begründung: Durch den Verzicht von Plastiktüten kann der Grad der Umweltverschmutzung, insbesondere der Meere, erheblich verbessert werden. Ziel/e:
UM3	+	Verbrauch von Rohstoffen vermindern Begründung: Durch den Verzicht von Plastiktüten kann der Verbrauch der in der Produktion benötigten Rohstoffe (z.B. Erdöl) stark reduziert werden. Ziel/e:
UM8	+	Umweltbewusstes Handeln und Eigeninitiative fördern Begründung: Der Sinn und Zweck des Verzichts auf Plastiktüten soll den Bürgern durch die Aktionen bewusst gemacht werden, mit der Folge, dass sie in Zukunft bewusster mit Kunststoffen umgehen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
in Vertretung
Bernd Stadel

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Inhaltlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.09.2015 (Tischvorlage in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses vom 15.09.2015)